



Protokoll der 38. Sitzung des Einwohnerrates

vom 20. Dezember 2023, 17.00 Uhr, im Landratssaal-Provisorium «Kasernenstr. 31»

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Erni Benjamin (EVP) und Berisha Albert (SP)

Traktanden	Laufnummer
Traktandenliste	
<i>://: Dem Antrag von Werner Fischer (FDP) wird einstimmig zugestimmt und das Geschäft «Reservoir Burg, Ersatz» als 2. Traktandum behandelt.</i>	2023-201
<i>://: Einstimmig wird dem Antrag von Stefan Fraefel (GLP/EVP/Die Mitte) zugestimmt und das Geschäft «Entschädigungsreglement-Revision» als 3. Traktandum behandelt.</i>	2023-188
<i>://: Grossmehrheitlich wird dem Antrag von Vreni Wunderlin (GLP/EVP/Die Mitte) zugestimmt und das Geschäft «Entwicklungsperspektiven Begegnungszentrum» als 4. Traktandum behandelt.</i>	2023-202
1. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen	2023-204
<i>://: Einstimmige Wahl von Bernhard Bonjour (SP) als GOR-Mitglied und von Patrick Mägli (SP) als GOR-Ersatzmitglied.</i>	
2. Reservoir Burg, Ersatz	2023-201
<i>://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.</i>	
3. Entschädigungsreglement-Revision – Bericht Stadtrat zu Motion der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Revision des Entschädigungsreglements	2023-188 2023-188a
<i>://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2023-188a wird einstimmig an die Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Vorberatung überwiesen.</i>	
4. Entwicklungsperspektive Begegnungszentrum – Schriftliche Antwort Stadtrat zu Interpellation betreffend Entwicklungsperspektive Begegnungszentrum von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion	2023-202 2023-202a
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	
5. Budget und Jahresprogramm 2024 – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO)	2023-197 2023-197a 2023-197b
<i>://: Das Jahresprogramm 2024 wird einstimmig genehmigt.</i>	
<i>://: Das Budget 2024 wird in der Schlussabstimmung einstimmig genehmigt.</i>	

- | | | |
|-----|---|---|
| 6. | Neue Führungsstrukturen Primarstufe Liestal – Berichte Stadtrat sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)
<i>://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig, dass das bisherige Schulratsmodell beibehalten wird.</i> | 2023-187
2023-187b |
| 7. | Stadtsaal (ehem. Engelsaal): Weiterbetrieb, Baukredit – Berichte Stadtrat, Bau- und Planungskommission (BPK) sowie Finanzkommission (FIKO)
<i>://: Dem Baukredit Engelsaal in der Höhe von CHF 1'430'000.—inkl. MwSt. (Brutto) mit einer Kostengenauigkeit von +/- 15 % wird mit 34 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen zugestimmt.</i> | 2023-190
2023-190a
2023-190b |
| 8. | Digitalisierung Stadtverwaltung: Kreditantrag zur Realisierung – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO)
<i>://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig für die Einführung der ersten Projekt-Etappe «GEVER» eine neue einmalige Ausgabe von brutto CHF 183'000.-- inkl. MwSt.</i>
<i>://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat für «GEVER» neue jährlich wiederkehrende Ausgaben von CHF 86'000.-- inkl. MwSt.</i>
<i>://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig für die Einführung der zweiten Projekt-Etappe «EWK» und «ERP» eine neue einmalige Ausgabe von brutto CHF 225'000.— inkl. MwSt.</i>
<i>://: Einstimmig beschliesst der Einwohnerrat für «EWK» und «ERP» neue jährlich wiederkehrende Ausgaben von CHF 200'000.-- inkl. MwSt.</i> | 2023-191
2023-191a |
| 9. | Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) zu Postulaten betreffend «Stadtentwicklung» und «Hochhauskonzept»:
<ul style="list-style-type: none"> • Postulat «Stadtentwicklung: Wie weiter?» von Patrick Mägli der SP-Fraktion, Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion und Sonja Niederhauser der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2018/109) • Postulat «Ein Hochhauskonzept für Liestal» von Yves Jenni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-103) <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2023-177
2023-177a
2018/109b
2022-103b |
| 10. | Strukturwandel – Bericht Stadtrat zu Postulat «Strukturwandel – Support für Laden- und Gastrobetreibende» von Bernhard Bonjour und Anja Weyeneth namens der SP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2022-118
2022-118a |
| 11. | Sportanlagen-Benützung – Postulat «Anpassung der Benutzerordnung der Sportanlagen in Liestal – Outdoor statt Indoor-Kinder und Jugendliche» von Daniel Jurt namens der SVP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2023-199 |
| 12. | Querungsmöglichkeiten Gitterli-Schwimmbad – Interpellation «UNSER LIESTAL - Querungsmöglichkeiten für den Langsamverkehr beim Schwimmbad Gitterli» von Eva Eugster der FDP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2023-203 |

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) heisst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur letzten Ratssitzung im Kalenderjahr 2023 willkommen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) informiert darüber, dass am 6. Dezember 2023 mit der Wahlfeier von Nationalratspräsident Eric Nussbaumer ein historischer Tag verbucht werden konnte. Liestal kann stolz darauf sein, dass der höchste Schweizer von Liestal ist.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- An der heutigen Sitzung darf speziell Patrick Schäfli (SVP) als neues Ratsmitglied begrüsst werden.
Dieser wird von Fraktionspräsident Markus Rudin (SVP) kurz vorgestellt, nachdem sich dieser krankheitsbedingt für die letzten beiden Ratssitzungen hatte entschuldigen müssen. Das neue Ratsmitglied ist 1971 geboren, ist Bürger von Hersberg. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er ist Betriebsökonom FH und in der Immobilienbranche tätig. Früher hatte er sich in diversen Gewerbeverbänden wie bspw. in der Wirtschaftskammer Baselland engagiert. Zu seinen Hobbys zählen Wandern, Skifahren und Tennis. Mit 15 Jahren politischer Erfahrung im Landrat bringt er umfassende Kenntnisse mit und hat bereits Erfahrungen als Präsident der GRPK sowie als ehemaliger Fourier der Feuerwehr Viola gesammelt.
- Die Sitzung wird um ca. 18.30 Uhr durch eine Pause unterbrochen und dauert bis ca. 20.00 Uhr. Im Anschluss sind alle Anwesenden zu einem Apéro im Rathaus eingeladen.

Neue persönliche Vorstösse

- SmartVote – Postulat «SmartVote für Liestal» von Alexandra Muheim der SP-Fraktion (Nr. 2023-205)
- Steuerveranlagung Kanton – Postulat «Steuerveranlagung durch den Kanton?» von Stefan Fraefel der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2023-206)
- Kindergärten Schwieri – Postulat «Vorausschauende Planung Umzug Kindergärten Schwieri» von Vreni Baumgartner der Grünen Fraktion und Séverine Salathe der SP-Fraktion (Nr. 2023-207)
- Velopumpstationen – Postulat «Öffentliche Velopumpstationen für Liestal» von Lukas Flüeler, Michael Durrer und Anita Baumgartner der Grünen Fraktion (Nr. 2023-208)

Stimmzähler*innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------------------|---|
| - Lukas Heinzelmann (SVP, Ersatzm.) | Seite A (SP, GL) |
| - Thomas Eugster (FDP) | Seite B (GLP/EVP/Die Mitte + Präsidium) |
| - Florian Abt (SP) | Seite C (FDP, SVP) |

Mitteilungen Stadtrat

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert über die SBB-Baustellen: Der Bahnhof nähert sich seiner Fertigstellung und die Baustelle verlagert sich nun auf die Südwestseite des Bahnhofs. Dort werden der Veloweg und die Treppe finalisiert, während die Velostation ausgebaut wird. Die Bevölkerung ist über das Rotlicht «Oristal» verärgert. Seit gestern bzw. heute wurde dieses Rotlicht aufgehoben, aufgrund von zu langen Warteschlangen. Der Stadtrat und das Tiefbauamt setzen sich aktiv mit diesem Problem auseinander. Die vorläufige Aufhebung des Rotlichts ist bis Ende Januar befristet. In dieser Zeitspanne sollen verschiedene Lösungen, wie beispielsweise Lotsen-Einsätze usw., geprüft werden.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Es werden keine Erklärungen abgegeben.

Traktandenliste

Werner Fischer (FDP) stellt den Antrag, dass das Geschäft «*Reservoir Burg, Ersatz*» (Nr. 2023-201) vorgezogen und als 6. Traktandum behandelt wird, damit die Vorlage noch heute an die BPK überwiesen werden kann.

Vreni Wunderlin (GLP/EVP/Die Mitte) stellt den Antrag, dass das Traktandum 11 «*Entwicklungsperspektiven Begegnungszentrum*» (Nr. 2023-202) als 1. Traktandum behandelt wird, da dies mögliche Auswirkungen auf das Budget 2024 haben könnte.

Stefan Fraefel (GLP/EVP/Die Mitte) stellt den Antrag, dass das Geschäft «*Entschädigungsreglement*» (Nr. 2023-188) vorgezogen und als 3. Traktandum behandelt wird, damit von der GOR noch dieses Jahr die Sitzungstermine fixiert werden können.

Stadtpräsident Daniel Spinnler meint betreffend dem «*Entschädigungsreglement*», dass dieses nach dem Geschäft «*Reservoir Burg, Ersatz*» (Nr. 2023-201) behandelt werden sollte. Bei den anderen Geschäften bestehen Fristen, welche zu berücksichtigen sind. Beim Entschädigungsreglement können die Termine festgelegt werden.

Ratspräsident Anja Weyeneth (SP) informiert über das Abstimmungsprozedere. Sie hält auf Nachfrage von Sonja Niederhauser (GLP/EVP/Die Mitte) fest, dass über jeden Antrag abgestimmt wird. Vreni Wunderlin (GLP/EVP/Die Mitte) und Werner Fischer (FDP) müssen ihre Anträge zurückziehen, damit dem Vorschlag des Präsidiums gefolgt werden kann.

Werner Fischer (FDP) zieht seinen Antrag zurück.

Ratspräsident Anja Weyeneth (SP) informiert über die neue Reihenfolge der Traktandenliste.

Stadtpräsident Daniel Spinnler weist darauf hin, dass auch das Geschäft «*Digitalisierung*» (Nr. 2023-191) unbedingt noch an der heutigen Sitzung beraten und beschlossen werden sollte.

Ratspräsident Anja Weyeneth (SP) appelliert an die Ratsmitglieder, dem Wunsch des Stadtpräsidenten nachzukommen.

://: Dem Antrag von Werner Fischer (FDP) wird einstimmig zugestimmt und das Geschäft «*Reservoir Burg, Ersatz*» (Nr. 2023-201) als 2. Traktandum behandelt.

://: Einstimmig wird dem Antrag von Stefan Fraefel (GLP/EVP/Die Mitte) zugestimmt und das Geschäft «*Entschädigungsreglement-Revision*» (Nr. 2023-188) als 3. Traktandum behandelt.

://: Grossmehrheitlich wird dem Antrag von Vreni Wunderlin (GLP/EVP/Die Mitte) zugestimmt und das Geschäft «*Entwicklungsperspektiven Begegnungszentrum*» (Nr. 2023-202) als 4. Traktandum behandelt.

315 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Ersatzwahlen in einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2023-204)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass sich die Ratsmitglieder damit einverstanden erklären können, dass offen sowie gesamthaft gewählt wird und zu diesem Wahlgeschäft keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SP-Fraktion werden einstimmig die Ratsmitglieder Bernhard Bonjour (SP) als Mitglied sowie Patrick Mägli (SP) als Ersatzmitglied in die Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) gewählt.

316 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Reservoir Burg, Ersatz (Nr. 2023-201)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Sie informiert darüber, dass das Büro dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2023-201 an die Bau- und Planungskommission (BPK) vorschlägt.

Markus Rudin (SVP) erklärt als SVP-Fraktionssprecher, dass man den Vorschlag des Büros unterstützt.

Peter Bürgin (FDP) meint als FDP-Fraktionssprecher, dass man der Überweisung der Vorlage an die BPK ebenfalls zustimmen wird.

Vreni Wunderlin (GLP/EVP/Die Mitte) informiert, auch die GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion befürworte eine Vorberatung des Geschäfts durch die BPK.

Peter Küng (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecher, dass auch seine Fraktion der Überweisung an die BPK zustimme.

Nathalie Oberholzer (GL) orientiert, auch die Grüne Fraktion wird der Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die BPK zur Vorberatung zustimmen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert, dass das Reservoir Burg im vorletzten Jahrhundert gebaut wurde und nun in die Jahre gekommen ist. Die drei verschiedenen Lösungsvarianten werden in der Vorlage thematisiert. Der Stadtrat favorisiert den Neubau aus verschiedenen Gründen. Sofern im ersten Quartal 2024 das Baugesuch eingereicht werden kann, sollte das neue Reservoir in zwei Jahren fertiggestellt sein. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf 6 Millionen Franken und die finanziellen Mittel dafür sind vorhanden.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Vorlage Nr. 2023-201 «Reservoir Burg, Ersatz» wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) informiert darüber, dass das Geschäft nach Vorliegen des BPK-Berichtes in 2 Lesungen zu beraten ist, da der beantragte Kredit dem obligatorischen Referendum untersteht.

317 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Entschädigungsreglement-Revision – Bericht Stadtrat zur Motion der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Revision des Entschädigungsreglements (Nr. 2023-118)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird. Das Büro schlägt dem Einwohnerrat vor, dass die stadträtliche Vorlage an die Kommission Gemeindeordnung und Reglemente (GOR) zur Vorberatung überwiesen wird.

Bernhard Bonjour (SP) informiert als SP-Fraktionssprecher, dass man erfreut von der raschen Antwort des Stadtrats Kenntnis genommen habe und der Überweisung an die GOR zustimme.

Lorenz Holinger (SVP) orientiert als Fraktionssprecher, dass auch die SVP-Fraktion eine Überweisung an die GOR befürworte.

Richard Gafner (FDP) erklärt als FDP-Fraktionssprecher, dass man den Vorschlag des Büros ebenfalls unterstütze.

Stadtpräsident Daniel Spinnler führt aus, dass diesem Vorhaben eine hohe Priorität eingeräumt wurde, damit die Reglementsänderung noch vor Beginn der neuen Legislatur beschlossen und in Kraft gesetzt werden kann.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2023-188a wird einstimmig an die GOR zur Vorberatung überwiesen.

318 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Entwicklungsperspektive Begegnungszentrum – Schriftliche Antwort Stadtrat zu Interpellation betreffend Entwicklungsperspektive Begegnungszentrum von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2023-202)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass der Vorstoss wunschgemäss schriftlich beantwortet wurde und sich die Interpellantin nun zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2023-202a äussern möchte.

Vreni Wunderlin (GLP) hält als Interpellantin fest, dass sie mit der Antwort nicht zufrieden ist und die Diskussion wünscht.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion bewilligt wird.

Vreni Wunderlin (GLP) bedankt sich fürs Vorziehen des Traktandums. Sie ist mit den stadträtlichen Antworten nicht in allen Teilen zufrieden. Es befinden sich die zwei Begriffe „Familienzentrum“ und „Begegnungszentrum“ im Umlauf. Die Frage bleibt offen, was es nun tatsächlich ist. In Bezug auf Punkt 1 wird bezweifelt, ob der Informationsfluss tatsächlich wie angegeben stattgefunden hat, da unterschiedliche Informationen vorliegen. Für derart bedeutende Entscheidungen wird ein Vorlauf und eine erhöhte Sensibilität gefordert. In Bezug auf Punkt 2 wird kritisiert, dass der Austausch nach der Information an die Lehrerschaft am 31.10.2023 zu spät erfolgte. Im Vorlauf hatte es keinen Austausch gegeben. Bei Punkt 3 ist die Lesbarkeit der Planzahlen bis 2043 wegen den verschiedenen Grüntönen sehr schwierig. Ebenfalls nicht nachvollziehbar ist, wo Doppelzählungen in den Kindergärten auftreten. Punkt 4 weist darauf hin, dass WC, Fassade und Fenster im Oris-Kindergarten sanierungsbedürftig sind. Die Sanierung in guter Qualität kann bis zum neuen Schuljahr nicht umgesetzt werden, da diese Räume noch belegt sind. Punkt 5 betont, dass die Prognose einen Rückgang der Kindergartenkinder bis 2025 aufzeigt. Es ist jedoch nicht ersichtlich, in welchem Schulkreis dies der Fall sein wird. Bei Punkt 6 wird die Beurteilung des Verkehrsaufkommens zu optimistisch beschrieben. Punkt 7 bemängelt das Fehlen eines klaren Konzepts, die Unklarheit über informierte Nutzer und den Bedarf für frühkindliche Sprachförderung. Die Idee wird grundsätzlich unterstützt, aber es sind noch viele offene Fragen zu klären. Eine überstürzte Vorgehensweise macht keinen Sinn. Die Planung soll erst durchgeführt werden sobald die Zahlen für das Schuljahr 2024/2025 vorliegen. Es gibt sicher eine Option für eine Übergangslösung im Rotacker.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortmeldungen von Fraktions- und Einzelsprechern angemeldet werden.

Stadtrat Lukas Felix äussert sich zu den Zusatzfragen der Interpellantin und stellt fest, dass Gespräche stattgefunden haben. Auch die Kindergärten wurden informiert, nachdem der Stadtrat und der Schulrat darüber in Kenntnis gesetzt worden war. Anschliessend wurde das gesamte Kollegium des Schulkreises Rotacker informiert. Es gibt zwei verschiedene Themen, nämlich die Verschiebung der Kindergärten in Bezug auf den Schulweg und das Begegnungszentrum für Familien. Der Projektname "Begegnungszentrum für Familien" ist vorläufig und nicht endgültig, aber er dient der aktuellen Unterscheidung vom Verein Familienzentrum. An das Netzwerk „Frühe Förderung“ sind vertrauliche Informationen von unbekannt Personen gelangt. Dadurch ist eine Misskommunikation entstanden, jedoch wurden alle Beteiligten zur rechten Zeit stufengerecht informiert. Bezüglich Frage 5 wird erklärt, dass gemäss dem Postulat Nr. 2021-41 und der Empfehlung der SBK, Netzwerke miteinzubeziehen sind. Die konkreten Zahlen zu den Kindergärten, welche standardmässig erhoben werden, wurden dargelegt. Teilweise sind fremdsprachige Kinder doppelt zu zählen, dementsprechend können Kindergärten weniger hoch belegt werden. Zur Frage 4 wird klar gestellt, dass keine grösseren

Umbauten geplant sind, sondern der Erhalt der Gebrauchstauglichkeit budgetiert ist. Der Kindergarten Oris benötigt keine grössere Sanierung, sondern soll wieder als Kindergarten genutzt werden können. Für den Kindergarten Schwieri sind im Jahr 2024 keine Umbauarbeiten geplant, sondern diese sollen im Jahr 2025 stattfinden. Es soll sich nicht um einen Abriss handeln, sondern um eine Sanierung innerhalb der bestehenden Gebäudestrukturen. Dies sollte zur Klärung genügen.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2023-202 durch den Stadtrat.

319 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Budget und Jahresprogramm 2024 – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (Nr. 2023-197)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) informiert über den Ablauf:

1. Eintreten

2. FIKO-Bericht (Nr. 2023-197a)

3. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

4. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

5. Einzelredner: Gesamtwürdigung

6. Anträge: Stellungnahmen und Abstimmungen

Die selbständigen Anträge gemäss ER-Vorlage Nr. 2023-197b werden bei der Behandlung der Investitions-Anträge thematisiert und dann über diese abgestimmt.

* * * * *

1. Eintreten

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass bezüglich dem Eintreten keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird einstimmig beschlossen.

2. FIKO-Bericht (Nr. 2023-197a)

Anita Baumgartner (GL) stellt den Kommissionsbericht der Finanzkommission (FIKO) gemäss Vorlage Nr. 2023-197a vor: Sie dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die Ausarbeitung des Budgets sowie Beantwortung der Fragen aus der Kommission. Vor einem Jahr wurde das Budget 2023 mit einer roten Null vorgelegt. Mit dem Rechnungsergebnis 2022 hat uns der Stadtrat einen Überschuss von TCHF 600 vorgelegt. Im aktuellen Budget 2024 besteht ein Defizit von CHF 2.1 Millionen, was wenig Begeisterung ausgelöst hat. Dies ist auf eine fehlerhafte Budgetierung beim Personalaufwand bei den Lehrpersonen zurückzuführen, was bereits im Vorjahr passiert ist. Die FIKO hat sich intensiv mit dem Anstieg der Personalkosten und insbesondere dem geplanten Stellenausbau um 4,2 Stellen bzw. TCHF 450, befasst. Die Mehrheit der FIKO ist der Ansicht, dass der zusätzliche Stellenbedarf gut begründet ist und aufgrund der Zurückhaltung in den letzten Jahre sowie dem Bevölkerungswachstum ein Nachholbedarf besteht. Der Teuerungsausgleich sollte gewährt werden, wie dies der Kanton tut. Dieser fällt nun leicht geringer aus mit 2.45 % anstatt 2.5 %, was eine marginale Entlastung im Budget zur Folge hat. Im Zusammenhang mit dem Teuerungsausgleich, ist die Frage aufgekomen, ob dies dem fakultativen Referendum untersteht. Die FIKO kommt einstimmig zu dem Schluss, dass der Teuerungsausgleich nicht dem fakultativen Referendum unterstellt werden sollte, aus praktischen Gründen und weil die Teuerung als integraler Bestandteil des

Budgets betrachtet wird. Angesichts des Defizits betont die FIKO, dass an der Aufgabenüberprüfung festgehalten werden muss, um die geplanten Investitionen im Budget 2024 über 10 Mio. stemmen zu können. Die FIKO ist zum Schluss gekommen, den Anträgen des Stadtrats zu folgen.

3. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Daniel Spinnler führt aus, dass die Überraschung über das Defizit eigentlich nicht allzu gross sein sollte, da frühere Hinweise darauf hingedeutet haben. Leider haben sich die erhofften positiven Entwicklungen nicht bewahrheitet. Es sei wichtig, die geplanten Stellen zu schaffen. Bei einigen Stellen führe dies zu einer Einsparung. Er hofft, dass es nicht zu einer Rückweisung des Budgets kommt.

4. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Florian Sennhauser (FDP) berichtet als FDP-Fraktionssprecher, dass man wenig erfreut über das Budget ist. Die knapp 4,3 Millionen operativer Verlust zeigen auf, dass die Stadt über ihren Verhältnissen lebt. Die Selbstfinanzierung von 1,4 Millionen liegt deutlich unter dem selbst gesetzten Ziel von 6 Millionen. In den nächsten Planungsperioden ist keine Besserung in Sicht. Die Gründe für das Ausgabewachstum liegen im Personalaufwand bei den Schulen, bei der Teuerungsangleichung und den neuen Anstellungen. Tatsache ist, dass die Bildung ein Kostentreiber ist. Auch bei der Einwohnerkasse gibt es höhere Kosten von 1 Million. Die neuen 2,4 Stellen für die Verwaltung sind nachvollziehbar und bringen der Stadt einen klaren Mehrwert. Diese Stellen waren jedoch eher überraschend, da sie im Entwicklungsplan 2023-2027 nicht berücksichtigt waren. Der Personalbedarf hätte möglicherweise früher erkannt werden können. Im Entwicklungsplan 2024-2028 ist für das Jahr 2025 wieder keine Stelle vorgesehen, und die FDP hofft, dass dies nicht nur geschieht, um Rückfragen zu vermeiden. Der Personalbedarf sollte langfristig geplant werden. Die FDP ist erfreut, dass weiterhin an der Aufgabenüberprüfung festgehalten wird. Sie appelliert an Stadtrat und Einwohnerrat, die Finanzen im Auge zu behalten und sich auf Vorstösse zu beschränken, die Liestal tatsächlich weiterbringen. Die FDP spricht sich für die Genehmigung der Anträge aus, unter Berücksichtigung der eigenen Anträge.

Alexandra Muheim (SP) hält als SP-Fraktionssprecherin fest, dass die negativen Zahlen doch schon schockiert hatten, man eigentlich auf bessere Aussichten gehofft hatte. Positiv ist, dass der Stadtrat an der Aufgabenüberprüfung festhält und nachhaltig bei den Investitionen agiert. Die Fraktion hält die vorgeschlagenen Investitionen für sinnvoll und spricht sich für die Genehmigung der Anträge aus.

Sonja Niederhauser (GLP/EVP/Die Mitte) betont als Sprecherin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass einzelne Punkte immer wieder auftauchen, die Fraktion jedoch die Anträge des Stadtrats unterstützt. Es gibt gemischte Ansichten zu den Anträgen der FDP. Obwohl steigende Personalkosten immer problematisch sind, da sie hohe Kosten mit sich bringen, scheinen sie gut überlegt zu sein. Die Selbstfinanzierung ist zwar kein schöner Punkt, aber gewisse Investitionen müssen dennoch getätigt werden. Die Fortschritte am Bahnhof werden trotz der Umstände positiv hervorgehoben. Es wird auf Sondereffekte wie einen Lottogewinn usw. gehofft. Die Fraktion wird sich später noch zu den Anträgen der FDP äussern.

Michael Durrer (GL) hebt als Sprecher der Grünen Fraktion hervor, dass vor einem Jahr noch ein Lichtblick am Horizont zu erkennen war. Nu hat uns das Budget 2024 die Realität wieder deutlich vor Augen geführt und die Situation ist angespannt. Er betont die Notwendigkeit, Einnahmen zu erhöhen und Ausgaben niedrig zu halten, während gleichzeitig wichtige Investitionen getätigt werden müssen. Beim Personalaufwand, insbesondere im Schulbereich, sieht er wenig Spielraum, da dieser nicht beeinflussbar ist. Der Personalaufwand in der Verwaltung

erscheint nachvollziehbar. Er weist darauf hin, dass auch in Zukunft mehr Stellen notwendig sein werden, um die Attraktivität von Liestal als Stadt zu erhalten. Im Jahr 2025 ist konkret eine Stelle für den Umweltbereich vorgesehen. Er betont die Wichtigkeit der konsequenten Durchführung bei der Aufgabenüberprüfung. Seine Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Markus Rudin (SVP) meint als SVP-Fraktionssprecher, dass es eigentlich keiner weiteren Aussagen zu den schlechten Zahlen mehr bedarf. Er unterstreicht, dass es das angestrebte Ziel aller sein sollte, dass ausgeglichene Voranschläge vorgelegt werden können. In der Realität haben wir jedoch nicht mehr Geld zur Verfügung, während die Aufgaben zunehmen und mehr Schulden generiert werden. Die Konsequenz könnte eine Steuererhöhung sein. Es ist nicht nachvollziehbar, 420 Stellenprozente zu beantragen, wenn wir uns das finanziell nicht leisten können. Er sieht ein grundlegendes Problem in der Politik darin, dass man sich der Verantwortung entzieht. Es ist wichtig, sorgfältiger mit dem Geld der Steuerzahler umzugehen. Die Durchführung der Aufgabenprüfung ist von grosser Bedeutung. Den Anträgen wird man zustimmen.

5. Einzelredner: Gesamtwürdigung

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass sich keine Einzelredner zu Wort melden.

Stadtpräsident Daniel Spinnler möchte sich noch zu einigen Voten der Fraktionssprecher äussern. Es ist notwendig, die Selbstfinanzierung im Auge zu behalten. Bei den Investitionen wurde entsprechend priorisiert und es wurden Weichen für langfristige Entscheidungen gestellt. Er betont, dass eine Fremdverwaltung nicht droht, da eine Reserve vorhanden ist. Beim Bildungsbereich muss festgehalten werden, dass die grössten Sondereffekte meist vom Kanton verursacht werden, welche dann von den Gemeinden umzusetzen sind. So beispielsweise die Einführung des Schulfachs Medien/Informatik. Dies führt zu mehr Stellen, die unvermeidbar sind. Bezüglich der Schaffung von zusätzlichen Stellen muss festgestellt werden, dass es wohl keinen Sinn macht zusätzliche Stellen für einen Zeitraum von fünf Jahren zu planen. Sobald ein Stellenbedarf ersichtlich ist, soll dies auch ins Budget aufgenommen werden. Die Schaffung von Stellen wird sorgfältig überlegt und steht nicht nur im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum. Investitionen werden sinnvoll geplant, um die Stadt attraktiver zu gestalten.

6. Anträge: Stellungnahmen und Abstimmungen

1. Jahresprogramm 2024

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass zu den identischen Anträgen des Stadtrates und der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Jahresprogramm 2024 wird als integrierender Bestandteil des Budget 2024 vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Steuerfüsse und Steuersätze 2024

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) kann feststellen, dass zu den identischen Anträgen des Stadtrates und der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden. Vor den Abstimmungen wird sie jeweils darüber informieren, über welche Anträge abgestimmt wird.

://: Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer für Natürliche Personen wird einstimmig auf 65 % festgelegt.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) merkt an, dass zu den Anträgen bezüglich der Ertrags-, Kapital- und Sondersteuer für Juristische Personen keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Den Anträgen des Stadtrates sowie der FIKO für die Festlegung des Steuerfusses für die Ertrags-, Kapital- und Sondersteuer für Juristische Personen auf 55 % wird einstimmig zugestimmt.

3. Gebühren Wasser, Abwasser, Kehricht und Hundehaltung für 2024

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum 3. Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden und sie nun über die identischen Anträge des Stadtrates sowie der FIKO betreffend den verschiedenen Gebühren abstimmen lässt, welche vom Stadtrat beschlossen werden.

://: Von der Wasserbezugsgebühr von CHF 1.74/m³ inkl. 2.6 % MwSt.; der Abwasserbenützungsg Gebühr von CHF 2.27/m³ inkl. 8.1 % MwSt.; der Kehrichtsack-Gebühr von CHF 2.-- inkl. 8.1 % MwSt. pro 35-Liter-Kehrichtsack sowie den Hundehaltungs-Gebühren (Hundegebühr von CHF 100.--; Hunde-Einschreibeg Gebühr von CHF 50.--; Hunde-Bearbeitungsgebühr von CHF 50.--) wird einstimmig Kenntnis genommen.

4. Teuerungsausgleich

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass zu den identischen Anträgen des Stadtrates und der FIKO keine Wortbegehren angemeldet werden. Der Landrat hat den Teuerungsausgleich für die Besoldung des Staatspersonals von 2.45 % beschlossen.

://: Dem Antrag des Stadtrates sowie der FIKO wird einstimmig zugestimmt und gemäss Landratsbeschluss der Teuerungsausgleich von 2.45 % für das Jahr 2024 beschlossen.

5. Erfolgsrechnung / Investitionen

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) kann feststellen, dass bezüglich der Erfolgsrechnung sowie den Investitionen identische Anträge des Stadtrates sowie der FIKO vorliegen. Sie kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass bezüglich der Erfolgsrechnung keine Wortbegehren angemeldet werden.

Mit E-Mail des Ratsschreibers vom 15.12.2023 ist den Ratsmitgliedern die ER-Vorlage Nr. 2023-197b mit den 2 Anträgen der FDP-Fraktion, welche gemäss § 51 des Geschäftsreglementes eingereicht wurden, zur Kenntnis gebracht worden.

Florian Sennhauser (FDP) begründet die beiden FDP-Anträge bezüglich der Streichung der Ausgaben von TCHF 200 (Nr. 2170.5040.0334) „*Kindergarten Oris: Erhalt Gebrauchstauglichkeit*“ sowie der Ausgabe von TCHF 140 (Kto. 2170.5040.0336) „*Kindergarten Rotacker: Umbau Schulküche zu Kindergarten 3*“ wie folgt: Es ist unschön für den Einwohnerrat, wenn man als Einwohnerrat über Planungen des Stadtrats auf der Strasse erfahren muss. Es werden Details aus dem Konzept zitiert und es wird darauf hingewiesen, dass der Schulraum knapp ist und in Zukunft sicherlich grössere Investitionen getätigt werden müssen. Einige Eltern und Anwohner sind bereits auf die Barrikaden gegangen. Dem Einwohnerrat fällt es schwer, hinter dem Stadtrat zu stehen, weil ihm gar nicht bekannt ist, was eigentlich im Schwieri geplant ist. Die bauliche Massnahmen würden rund TCHF 340 beanspruchen. Dies wäre der Kindergarten

Oris mit TCHF 200 und der Umbau der Schulküche im Rotacker zu einem neuen Kindergarten mit TCHF 140. Im Entwicklungsplan ist der Kindergarten Oris für das Jahr 2026 geplant, der Küchenumbau im Rotacker ist hingegen nicht im Entwicklungsplan berücksichtigt. Zusätzlich könnte auch noch eine Personalerhöhung CHF 24'000 sowie Mobiliarkosten von CHF 4'500 Franken für das Familienzentrum anfallen. Auch sind für die Instandsetzung und Umnutzung zusätzliche TCHF 290 vorgesehen. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der Stadtrat hier zu viel Wünsche hat. Die Positionen sind im Zusammenhang mit dem geplanten Familienzentrum zu betrachten. In der Summe überschreiten die Investitionen die Schwelle von TCHF 300 und lassen sich im Rahmen der Budgetvorlage nicht beschliessen. Viele Informationen zu den Kosten sind vorhanden, jedoch ist nicht klar ersichtlich, was genau zum Familienzentrum geplant ist. Eine Petition ist bereits lanciert worden. Das Anliegen soll deshalb mittels Sondervorlage im Einwohnerrat beraten werden. Zudem könnte dadurch die Bevölkerung das Referendum ergreifen. Aus diesem Grund möchte die Fraktion die Positionen „Kindergarten Oris: Erhalt der Gebrauchstauglichkeit“ und „Kindergarten Rotacker: Umbau/Schulküche zum Kindergarten 3“ aus dem Budget 2024 streichen und diese Budget-Positionen später noch mittels einer Sondervorlage im Einwohnerrat beraten.

Stadtrat Lukas Felix nimmt Stellung zu den Anträgen der FDP-Fraktion und zeigt sich überrascht, dass Eltern bereits gegen das Konzept sind, obwohl nur der Stadtrat und die Stadtverwaltung darüber Bescheid wissen. Die Beratung dazu soll zum gegebenen Zeitpunkt in der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) stattfinden. Er erklärt, dass schlecht genutzte Räume wie die Küche als zusätzlicher Schulraum genutzt werden könnten. Der Entwicklungsplan ist eine rollende Planung und die Strategie kann im Laufe des Jahres beeinflusst werden. Die im Entwicklungsplan geplanten Vorhaben sind dort ausgeführt. Weitere Fragen sollen in der Kommissionssitzung der SBK gestellt werden. Es wird betont, dass das Betriebskonzept in der Zuständigkeit der Exekutive liegt und nicht zur Abstimmung steht. Der Stadtrat möchte an den Investitionen festhalten und bittet darum, die beiden Anträge abzulehnen. Er weist darauf hin, dass die Thematik bereits in der FIKO besprochen wurde, wie im Bericht nachzulesen ist. Die FIKO hat aufgrund der Ausführungen des Stadtrats festgestellt, dass die Beweggründe für die geplanten Vorhaben und die Einplanung der Budgetmittel nachvollziehbar sind. Die Klassenbildung ist ein komplexer Prozess. Betreuung, Wünsche der Eltern, Schulweg, besondere Gefahren wie SBB Baustelle usw. sind zu berücksichtigen. Es besteht eine Häufung von Rekursen aus dem Schulkreis Rotacker beim Schulrat. Der Weg ist jeweils für unzumutbar gehalten worden. Klasseneinteilungen wurden immer ausgeglichen gestaltet, überall die gleiche Anzahl der Kinder. Gemäss Regierungsrat hat der Schulweg Priorität, denn dieser muss zumutbar sein. Er zitiert aus einem Urteil vom Jahr 2019: «Unzumutbar ist ein Schulweg für Schülerinnen und Schüler des Kindergartens im Alter von 4 bis 5 Jahren ab 1 Kilometer». Und aus einer kantonalen Wegleitung wird zitiert: «Massgeblich ist die Strecke des Aufenthaltsortes bis zum Schulhaus, zur Länge des Wegs wird der Höhenunterschied umgerechnet, in Leistungskilometer hinzugezählt. Hierzu wird der Höhenunterschied mit 10 multipliziert und zur Länge des Weges hinzugerechnet». Für die Zumutbarkeit des Schulwegs sind die Schulträger verantwortlich. Dies führt zum Problem, dass Kinder der direkten Nachbarschaft vom Rotacker in Kindergarten Schwieri eingeteilt werden, dies mit einer Distanz von jeweils ca. 800 Metern und einem Höhenunterschied von ca. 50 Metern. Gemäss dieser Rechnung sind Wege von rund 1,3 Kilometern vorhanden. Als öffentliche Verwaltung müssen wir uns strikt an das Urteil des Kantonsgerichts halten. Kinder können nicht anders eingeteilt werden. Dies führte zu zwei gut gefüllten Kindergärten im Rotacker und tendenziell weniger Kindern im Kindergarten Schwieri. Der Investitionskredit soll dazu dienen, dieses Problem zu lösen. Zum ersten Antrag erklärt der Stadtrat, dass es um den Erhalt der Gebrauchstauglichkeit der Infrastruktur geht, wie bereits in der früheren Interpellation erläutert. Dies hilft dabei, die Investitionen niedrig zu halten, während gleichzeitig funktionsunfähige Infrastruktur vermieden wird. Der Stadtrat erklärt, dass es ein Postulat zum Zeitplan gibt, damit keine Klassen auseinandergerissen werden. Die Diskussion zu diesem Thema wird mit dem Schulrat geführt. Trotzdem wird ein Wechsel sicher notwendig sein, um den Prozess umsetzen zu können. Der Stadtrat bittet darum, die beiden FDP-Anträge abzulehnen.

Anita Baumgartner (GL) hält als FIKO-Präsidentin fest, dass die Finanzkommission die beiden Anträge der FDP ausführlich zusammen mit Stadtpräsident Daniel Spinnler und Stadtrat Lukas Felix diskutiert hatte. Die Themen wurden bereits am 13.11.2023 eingehend zusammen mit Stadtrat Daniel Muri und Stadtrat Lukas Felix besprochen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Mehrheit der FIKO über die Anträge der FDP irritiert ist, obwohl die Partei das demokratische Recht hat, solche Anträge zu stellen. Es wird der Wunsch geäußert, dass solche Anträge in Zukunft zeitiger eingereicht werden sollen. Die Abstimmung in der heutigen FIKO-Sitzung vorgängig der Ratssitzung ergab, dass die Mehrheit bzw. 5 Stimmen den FDP-Antrag zur Streichung von TCHF 200 für den Kindergarten Oris ablehnen, währenddem 4 FIKO-Mitglieder diesen unterstützen. Im Fall des Kindergartens Rotacker ergab die Abstimmung in der FIKO 5 Nein-Stimmen bei 3 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Vreni Baumgartner (GL) erklärt als Fraktionssprecherin der Grünen Fraktion, dass man beide Anträge ablehnen wird. Sie betont die Wichtigkeit, dass keine Themen vermischt werden. Es geht um Schulraum und nicht um das Begegnungszentrum für Familien. Die Verschiebung des Schulraums sei aufgrund veränderter Schülerzahlen notwendig. Die genehmigten Budgetmittel sind für einen Zeitraum von 3 Jahren vorgesehen, was eine sorgfältige Planung ermöglicht. Die Verlagerung der Kindergärten soll nicht überstürzt erfolgen. Es wird darauf hingewiesen, dass im Budget und auch Entwicklungsplan nicht ersichtlich, wann der Standort Oris in Betrieb genommen werden soll. Die Planung soll gründlich durchgeführt werden, um eine sinnvolle Umsetzung der künftigen Klassenzuteilung zu gewährleisten.

Markus Rudin (SVP) informiert als SVP-Fraktionssprecher, dass man die beiden FDP-Anträge unterstützt. Es besteht eine Unruhe in der Bevölkerung und für die weitere Planung soll man sich Zeit nehmen.

Alexandra Muheim (SP) orientiert namens ihrer Fraktion darüber, dass der Stadtrat nachvollziehbare Antworten in der FIKO gegeben hatte. Die beiden Anträge sind davor nicht thematisiert worden. Bei den Anträgen handelt es sich um Investitionen für die Kindergärten Oris und Rotacker, jedoch nicht für den Kindergarten Schwieri. Die beiden Investitionen sind plausibel. Ihre Fraktion würde sich jedoch darüber freuen, wenn am Standort des Kindergartens Schwieri ein Begegnungszentrum entstehen würde.

Sonja Niederhauser (GLP/EVP/Die Mitte) hält als GLP/EVP/Die Mitte-Fraktionssprecherin fest, dass man das FDP-Votum unschön findet, indem Budgetanträge zur Streichung vorgeschlagen werden, obwohl die eigentlichen Investitionen unbestritten sind. Das Thema Schulraumplanung bewegt alle, da alle schon diesbezügliche Erfahrungen gemacht haben. Nichtsdestotrotz ist die Schulraumplanung nicht Sache des Einwohnerrats. Sie vertraut darauf, dass diese auch gut gemacht wird. Das Thema Schwieri bewegt die Einwohner und diese möchten gerne mehr wissen. Zwei Kredite für Sanierungsmassnahmen sollen nun gestrichen werden, obwohl diese eigentlich unbestritten sind. Es macht keinen Sinn, dass im Rotacker eine Schulküche bestehen bleibt, welche als solche nicht genutzt wird. Wenn Bedarf an Raum besteht, dann soll möglichst schnell saniert und umgenutzt werden. Gleiches gilt für den Kindergarten Oris. Die Meinungen in ihrer Fraktion sind gemischt. Die Zustimmungen bei den Anträgen der FDP-Fraktion sollen deshalb nicht als Misstrauen gegenüber dem Stadtrat gewertet werden, sondern man möchte vielmehr beim Kindergarten Schwieri mitreden. Die Mehrheit ihrer Fraktion spricht sich gegen die FDP-Anträge aus.

Michael Durrer (GL) erklärt als Sprecher der Grünen Fraktion, dass nun gerade unterschiedlichste Dinge vermischt werden, obwohl diese eingehend in der FIKO diskutiert wurden sowie einstimmig gutgeheissen wurden. Unter Punkt 4.4 ist dazu ein ganzes Kapitel. Die beiden Anträge der FDP beziehen sich auf notwendige und völlig unbestrittene bauliche Massnahmen im Kindergarten Oris sowie Rotacker. Bei den Anträgen geht es nicht um das geplante Familienzentrum oder den Kindergarten Schwieri, sondern um erforderliche bauliche Massnahmen

in den Kindergärten Oris und Rotacker. Er weist darauf hin, dass die Schulraumplanung Aufgabe des Stadtrats ist und dass im Rotacker mehr Platz benötigt wird, weil es dort mehr Kinder gibt. Es geht nicht um das Begegnungszentrum. Die Vorgaben zum Schulweg obliegen dem Kanton. Der Stadtrat nimmt mit dem Begegnungszentrum ein Anliegen des Einwohnerrats auf und eine Sammlung der Angebote unter einem Dach ist wünschenswert. Das Hörensagen nun schwerer gewichtet wird als die Ausführungen des Stadtrats hilft sicherlich nicht dazu, dass bei diesem Thema Ruhe einkehrt. Die beantragten Budget-Streichungen sind nicht nachvollziehbar und werden abgelehnt.

Thomas Eugster (FDP) hebt als Einzelsprecher hervor, dass die beiden Angelegenheiten nicht miteinander vermischt werden sollten. Der Antrag entspringt einem Budgetgedanken. Das Budget weist jedoch im aktuellen sowie in den kommenden Jahren tiefrote Zahlen auf. Rein Budget-technisch sind die Ausgaben miteinander verbunden, da das Eine nicht ohne das Andere möglich ist. Es wird die aktuelle Genauigkeit bei diesen Vorhaben bemängelt. Es handelt sich nicht um eine Diskussion über Schulraum, sondern darum, dass das Budget tiefrote Zahlen aufweist. Selbst mit einer sorgfältigen Überprüfung der Aufgaben sei man derzeit nicht auf einem zielführenden Kurs und es ist erforderlich, genauer hinzuschauen.

Stefan Fraefel (GLP/EVP/Die Mitte) führt aus, er sei selbst gegenüber dem Kindergarten Schwieri aufgewachsen, hat jedoch den Kindergarten Oris besucht, da es das Hindernis namens Orisbach gab. Die Schulraumplanung ist Aufgabe der Exekutive. Um in diesem Fall Einfluss nehmen zu können, sei es nur möglich, keine Gelder für Umbauten zu bewilligen – die sogenannte "nukleare Option". Er unterstreicht die Wichtigkeit einer genauen Prüfung mittels einer Sondervorlage. Es wurde auch ein Postulat eingereicht, das den Stadtrat auffordert zu überprüfen, ob die Neueinteilung der Klassenzüge verschoben werden sollte. Heute sollen aber bereits finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Peter Küng (SP) betont, dass bereits ein genaues Hinschauen durchgeführt wurde. Es handele sich um Investitionen und nicht um die Laufende Rechnung. Er weist darauf hin, dass der Zeitbedarf für den Bildungsbereich in der FIKO enorm war und in diesen FIKO-Sitzungen waren auch FIKO- und SVP-Mitglieder mit Schulratsmitgliedern vertreten. Die aktuellen Anträge haben nichts mit genauem Hinschauen zu tun, sondern sind Wahlkampf. Er ist sehr konsterniert über die Anträge der FDP-Fraktion.

Séverin Salathe (SP) erklärt, dass das Ziel des Postulats nicht darin besteht, die Massnahmen zu verhindern, sondern eine saubere Planung der Klassenzuweisungen zu gewährleisten. Es wird angemerkt, dass der Stadtrat genau erläutert hat, warum das Geld benötigt wird. Zudem möchte sei betonen, dass es sich um zwei verschiedene Themen handelt: Einerseits Rotacker und Oris und andererseits Schwieri.

Stadtrat Lukas Felix merkt an, dass es in Liestal noch andere ausgezeichnete Kindergärten gibt. Er betont, dass die beiden Projekte unabhängig voneinander umsetzbar sind. Zudem bringt er das Anliegen von Stefan Fraefel (Die Mitte) zum Ausdruck, dass das Ziel darin besteht, dass Kinder aus dem Schwieri-Quartier auch den Kindergarten im Schwieri besuchen und nicht in den Rotacker gehen müssen.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sie nun über die Anträge im Zusammenhang mit dem Investitions-Budget abstimmen lässt.

://: Der erste Antrag der FDP-Fraktion «Die Ausgabe «Kindergarten Oris: Erhalt Gebrauchstauglichkeit» von TCHF 200 (Kto. 2170.5040.0334) wird aus dem Budget 2024 gestrichen» wird mit 17 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

- ://: Der zweite Antrag der FDP-Fraktion «Die Ausgabe «Kindergarten Rotacker: Umbau Schulküche zu Kindergarten 3» von TCHF 140 (Kto. 2170.5040.0336) wird aus dem Budget 2024 gestrichen» wird mit 5 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.
- ://: Die Erfolgsrechnung wird gemäss Anträgen einstimmig genehmigt.
- ://: Das Investitions-Budget gemäss 5. Antrag des Budget 2024 mit Brutto-Investitionen unter TCHF 300 inkl. MwSt., für die keine Sondervorlagen erstellt werden müssen (Budget-Kredite), wird einstimmig genehmigt.

Schlussabstimmung

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Budget 2024 keine weiteren Wortbegehren angemeldet sowie Anträge gestellt werden.

- ://: In der Schlussabstimmung wird das Budget 2024 gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2023-197 mit Berücksichtigung der vorgängig gefällten Entscheide einstimmig genehmigt.

320 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Neue Führungsstrukturen Primarstufe Liestal – Berichte Stadtrat sowie Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (Nr. 2023-187)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Die beiden Einwohnerrats- bzw. Schulratsmitglieder Eva Eugster (FDP) und Denise Meyer (SVP) haben bei diesem Geschäft in den Ausstand zu treten.

Séverin Salathe (SP) stellt als Präsidentin der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) den Kommissionsbericht gemäss rektifizierten Vorlage Nr. 2023-187b vor: Es wurden drei Modelle vorgestellt: Das bestehende Schulratsmodell sowie das Gemeinderatsmodell mit und ohne Schulkommission. Die Diskussion ergab klar, dass das aktuelle Modell sowie der Schulrat geschätzt werden. Ein Wechsel des Modells ist zwar ein denkbarer Diskussionspunkt, jedoch ist diese Diskussion erst sinnvoll, wenn mehr Klarheit von kantonaler Seite vorhanden ist und mehr Zeit besteht, die Modelle detailliert durchzudenken. Die SBK beantragt einstimmig, dem Antrag des Stadtrats zu folgen. Beim rektifizierten Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2023-187b ist SBK-Empfehlung aus dem Antrag gestrichen worden, dass der Modellwechsel in einem späteren Zeitpunkt nochmals erneut geprüft werden soll.

Vreni Wunderlin (GLP/EVP/Die Mitte) erklärt als GLP/EVP/Die Mitte-Fraktionssprecherin, dass sich SBK-Mitglied Benjamin Erni für die heutige Sitzung entschuldigen lassen musste und sie sich deshalb auf seinen Bericht stützt. Das Schulratsmodell, welches seit Jahren einwandfrei funktioniert, soll fortgesetzt werden. Es besteht aus Personen unterschiedlicher politischer Lager sowie unterschiedlicher Berufe, die sachlich und unbelastet zum Schulalltag und Einsparungen Stellung nehmen können, beispielsweise bei Schuleinteilungen. Bei Neuanstellungen von Lehrpersonen, die die Schulleitungskompetenz erhalten, ist es wichtig, dass der Schulrat auch berücksichtigt wird. Der Schulrat ist eine wichtige Anlaufstelle für Eltern. Die identischen Anträge des Stadtrats sowie der SBK werden unterstützt.

Richard Gafner (FDP) informiert als FDP-Fraktionssprecher, dass man sich ebenfalls für die Beibehaltung des jetzigen Modells ausspricht, zumal ja die neuen Rahmenbedingungen noch gar nicht bekannt sind. Ein eventueller Modell-Wechsel wäre aktuell mit viel Aufwand und Unklarheiten verbunden und soll erst nach einer umfassenden Beurteilung der Vor- und Nachteile in Erwägung gezogen werden. Welches Modell für Liestal dann richtig sein wird, gilt es noch zu diskutieren.

Lorenz Holinger (SVP) orientiert als Sprecher der SVP-Fraktion, dass man die drei Modelle ebenfalls intensiv besprochen haben und dass die jetzige bewährte Variante als die beste Lösung angesehen wird. Es ist wichtig, dass die richtigen Personen im Schulrat sind und es liegt an uns, diese zu wählen. Die anderen Modelle werden mit Skepsis betrachtet, insbesondere im Hinblick auf die Finanzen. Die SVP unterstützt einstimmig den stadträtlichen Antrag.

Jacques Heller (SP) informiert als Fraktionssprecher, dass das Schulratsmodell die SP-Fraktion am meisten überzeugt habe, zumal sich das bereits bestehende Modell ja bewährt hat. Ein Modellwechsel soll aktuell nicht in Betracht gezogen werden. Sobald jedoch die neuen Bestimmungen des Kantons klar sind, sollen diese neu geprüft werden. Der SBK-Antrag wird unterstützt.

Simone Burkhardt (GL) erklärt als Sprecherin der Grünen Fraktion, dass man das jetzige Schulrat-Modell ebenfalls beibehalten möchte. Dieses Modell hat sich bewährt, soll aber nach Vorliegen der neuen Kantonsbestimmungen nochmals überprüft werden.

Stadtrat Lukas Felix hält fest, dass der Stadtrat und auch die SBK dem Schulratsmodell den Vorzug geben. Die Kompetenzen wurden im Bericht erläutert und es würden durchaus Vorteile entstehen, wenn Kompetenzen an einem Ort beim Stadtrat definiert wären. Aktuell ist dies mit der Schulraumplanung schon so, jedoch bei der Klassenbildung liegt die Kompetenz beim Schulrat. Die anderen beiden Modelle könnten hier jedoch einen Vorteil bringen. Der Zeitplan für die Ausarbeitung der beiden anderen Modelle war sehr kurz. Das Modell kann später nochmals überprüft werden, sobald die Gegebenheiten vom Kanton klar sind.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) erklärt, dass die SBK den stadträtlichen Antrag unterstützt. Sie verliert den SBK-Antrag und lässt über diesen abstimmen, nachdem keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig, dass das bisherige Schulratsmodell beibehalten wird.

321 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Stadtsaal (ehem. Engelsaal): Weiterbetrieb, Baukredit – Berichte Stadtrat, Bau- und Planungskommission sowie Finanzkommission (Nr. 2023-190)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Werner Fischer (FDP) stellt als Kommissionspräsident den Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) gemäss Vorlage Nr. 2023-190a vor: Es handelt sich um ein bestehendes Gebäude, welches sich im Dornröschenschlaf befindet und dieses gilt es wiederzubeleben. Der Betrieb des Saals wurde ausgeschrieben und es gab lediglich eine Bewerbung, was als suboptimal empfunden wird, obwohl es keine Beschwerde gab. Die Bewirtschaftung des Saals wird keinen zusätzlichen Personalaufwand benötigen. Es wird möglich sein, den Saal online zu buchen. Betreffend Technik wird für einzelne Fragen eine externe Firma hinzugezogen. Der Buchungsprozess soll einfach möglich sein, ebenso auch die Schlüsselübergaben. Die Nutzbarmachung eines Sitzungszimmers wird als nicht sinnvoll erachtet, da genügend Sitzungsräume vorhanden sind. Der Stadtrat sowie die Abteilungsleitung Bau und Planung werden die Schaffung eines Lagerraums überprüfen. Die Entflechtung von Heizung, Lüftung und Strom wurde bereits angestossen. Die Küche entspricht dem Saal optimal. Die Toiletten können von den Hotelgästen und Saalbesuchern gemeinsam genutzt werden. Ein intelligentes Türsystem wird dies lösen. Der Dienstbarkeitsvertrag wird am Schluss im Detail ausgearbeitet. Gemäss dem Betriebskonzept wird davon ausgegangen, dass mit den Einnahmen die laufenden Betriebskosten gedeckt werden können. Die Inbetriebnahme des Saals ist auf Sommer 2025 geplant. Der Eröffnungstermin soll frühzeitig publiziert werden, damit der Saal auch beworben werden kann. Die BPK beantragt, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen.

Anita Baumgartner (GL) nimmt Bezug auf den Kommissionsbericht der Finanzkommission (FIKO) gemäss Vorlage Nr. 2023-190b und erklärt, dass sich die FIKO ausschliesslich mit dem Betriebskonzept befasste, so mit der Gebührenordnung und der Wirtschaftlichkeitsrechnung. Der Saal generiert bereits heute Kosten. Der seit längerer Zeit leerstehende Saal soll dringend wieder der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Gemäss Stadtrat soll eine Mitfinanzierung eine Möglichkeit sein. Nach der Beschlussfassung durch den Einwohnerrat ist zeitnah ein Konzept zum Sponsoring zu erstellen. Die geplanten bzw. prognostizierten Belegungen werden von der FIKO als zu optimistisch eingestuft. Die Investitionskosten sind so gering wie möglich zu halten und auch die Betriebskosten sollen regelmässig geprüft werden. Es ist jährlich Bericht zu erstatten über die Auslastung des Saals. Die FIKO stimmt einstimmig dem Antrags des Stadtrats zu.

Matthias Holinger (GL) dankt als Sprecher der Grünen Fraktion für die Aufarbeitung und Wiederbelebung des Engelsaals. Es kann eine gute Sache für Vereine an zentraler Lage werden. Die Auslastung steht jedoch in Frage, denn so werden weitere ähnliche Angebote in Liestal hinzukommen. In Bezug auf die Ablösung vom Engelsaal sind noch einige Punkte offen, darunter die technischen Aspekte, die bereits erwähnt wurden. Die Mitbenutzung der Terrasse ist jedoch noch ein offener Punkt, welchen es zu berücksichtigen gilt. Seine Fraktion stimmt dem Baukredit zu.

Peter Bürgin (FDP) orientiert als FDP-Fraktionssprecher, dass man grossmehrheitlich für den Weiterbetrieb des Engelsaals als neuer Stadtsaal und stimmt somit dem Baukredit zustimmen wird. Der Saal wurde leider seit 2020 nicht mehr bewirtschaftet und es wurde auch bei der Ausarbeitung des Stockwerkeigentums nicht ausreichend darauf geachtet, wie der Saal betrieben werden kann, wenn das Hotel ihn nicht mehr möchte. Die neue Situation verursacht nun enorme Kosten, zudem war nie angedacht, dass die Stadt als Betreiber fungieren soll. An

so zentraler Lage ist dieser optimal für die Nutzung durch Vereine, welche auch keine Catering-Verpflichtung haben. Bedenken sind vorhanden hinsichtlich der geschätzten Auslastung, die möglicherweise nicht erreicht werden kann, denn damit würde der Saal auch nicht selbsttragend sein. Der Umbau wird anspruchsvoll, ebenso wie die detaillierten vertraglichen Punkte bezüglich der Toiletten-Nutzung und dem Aussenbereich. In der Detailplanung ist dem Kostenaspekt ein hoher Stellenwert einzuräumen. Die FDP sieht ein grosses Potential, doch ist der Budgetrahmen einzuhalten.

Patrick Mägli (SP) meint als Fraktionssprecher der SP-Fraktion, dass man ebenfalls darüber erfreut ist, dass der Engelsaal ab Mitte 2025 wieder genutzt werden kann. Die Umstände und Vorgaben sind nicht ideal, aber die Anpassungen im Baukonzept sind grösstenteils nachvollziehbar. Eine Ausnahme bildet das Sitzungszimmer, bei dem eine einfachere Lösung nötig ist. Es ist wichtig, dass die Entflechtung von Lüftung, Heizung und Strom zwischen den Stockwerkeigentümern gut umgesetzt wird. Ebenfalls von Bedeutung ist der Dienstbarkeitsvertrag mit dem Hotel. Die Tatsache, dass der Saal durch die Stadt Liestal betrieben wird, wird begrüsst, auch wenn bei der Vergabe nicht alles ideal verlaufen ist. Ausschreibungen sollten korrekt ablaufen. Die SP-Fraktion stimmt dem Baukredit einstimmig zu.

Sonja Niederhauser (GLP/EVP/Die Mitte) erklärt als Sprecherin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, dass bereits viele Aspekte angesprochen wurden und ihre Fraktion sich praktisch allem anschliessen könne. Die Höhe des Kredits ist hoch, aber es ist sinnvoll, jetzt zu investieren und die notwendigen technischen Überholungen vorzunehmen, um dann einen sinnvoll betriebenen Saal zu haben. Einige Regelungen mit dem Wirt seien noch offen und man darf hoffen, dass gute Lösungen gefunden werden. Sollte das Betriebskonzept zeigen, dass keine Kostendeckung möglich ist, werden Anpassungen erforderlich sein. Der beantragte Baukredit wird von ihrer Fraktion grossmehrheitlich unterstützt.

Markus Rudin (SVP) meint als SVP-Fraktionssprecher, dass nach dem "Nein" zur Stadthalle eine Alternative für die Bevölkerung und Vereine notwendig sei. Der Engelsaal werde als gute Alternative betrachtet. Es wird darauf vertraut, dass die noch auszuarbeitenden Verträge standhalten werden und keine Konflikte mit dem Eigentümer des Engelsaals oder der Migros entstehen. Die Regelung für die Terrassenbenützung ist ein wichtiger Punkt. Positiv sind die zentrale Lage, die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie die Parkmöglichkeiten, die es ermöglichen, mehr Veranstaltungen in Liestal durchführen zu können. Die grosse Bühne ist einzigartig in der Region. Der Baukredit wird mehrheitlich von seiner Fraktion unterstützt.

Lukas Heinzelmann (SVP) erklärt als Einzelsprecher, dass mit Ausnahme einer Person niemand wirklich Interesse am Betrieb des Engelsaales hatte. Das dürfte damit zusammenhängen, dass der künftige Saalbetrieb nicht rentabel sein dürfte und auch die Küche doch sehr klein ist. Der Saal wird gegenüber dem Elefantenhaus keinen grossen Mehrwert haben, abgesehen von der Lage. Er wird den Baukredit ablehnen.

Stadträtin Pascale Meschberger bedankt sich für die weitgehend wohlwollende Aufnahme des Projekts. Sie verweist darauf, dass sie selbst bereits einmal eine Interpellation zum Engelsaal eingereicht hatte. Sie ist überzeugt, dass es sich um ein gutes Projekt handelt und nicht um eine Notlösung. Der Saal befindet sich an bester Lage und soll den Vereinen vergünstigt zur Verfügung gestellt werden. Der Saal wird keine grosse Konkurrenz zum Elefantenhaus sein, sondern eine gute Ergänzung. Es gab zwar kein formelles Submissionsverfahren, aber es wurde ausgeschrieben. Die Entscheidung fiel zugunsten der Option, die den Einwohnern der Stadt am meisten zugute kommt. Die Renovation wäre so oder so angefallen. Der Saal wird optimal beworben werden und ein Sponsoringkonzept wird hohe Priorität haben.

Stadtrat Daniel Muri erwähnt, dass der Präsident des Bürgerrats, Herr Franz Kaufman, anwesend ist, was wohl kein Zufall ist. Es könne darauf gehofft werden, dass die Bürgergemeinde sich am Sponsoring beteiligt, bei einer hälftigen Beteiligung könnte dann auch über die Bezeichnung als "Stadt- und Bürgersaal" diskutiert werden. Er betont, dass das Elefantenhaus kommerziell betrieben wird und somit nicht vergleichbar ist.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Sie lässt nun über den stadträtlichen Antrag abstimmen, welcher von der BPK und auch der FIKO unterstützt wird.

://: Der Einwohnerrat stimmt mit 34 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Baukredit Engelsaal, Konto 2390.5040.0245, in der Höhe von CHF 1'430'000.-- inkl. MwSt. (Brutto) mit einer Kostengenauigkeit von +/- 15 % zu.

322 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Digitalisierung Stadtverwaltung: Weiterbetrieb, Baukredit – Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (Nr. 2023-191)

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Anita Baumgartner (GL) nimmt Bezug auf den Kommissionsbericht der Finanzkommission (FIKO) gemäss Vorlage Nr. 2023-191a und stellt diesen kurz vor: Die FIKO hat sich von den Projektleitenden und der Projektsteuerung ausführlich informieren lassen. Sowohl die Einführung des Gever-Geschäftsverwaltungsprogramm sowie der Ersatz des ERP-System zusammen mit der Erneuerung der Kernapplikation der Einwohnerkontrolle sind sinnvoll, respektive die letzten beiden sind sogar zwingend notwendig. Ohne ein funktionierendes ERP-System wäre beispielsweise das Führen der Stadtfinanzen nicht mehr möglich. Die Kostenschätzungen des Stadtrats basieren auf Angeboten durch die öffentliche Ausschreibung. Die Unterschiede zwischen den Anbietenden waren nicht wesentlich. Aufgrund der Länge und Komplexität des Projekts hält die FIKO eine Reserve von 10 % für angemessen. Es sollen rund 200 Prozesse geprüft werden. Bisherige Kosten von TCHF 180 sollen nach Projektabschluss eingespart werden können. Die FIKO empfiehlt einstimmig den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen.

Peter Küng (SP) hält als SP-Fraktionssprecher fest, dass man sich über das gut vorbereitete Projekt und die transparente Information durch die Projektleitung und -steuerung gefreut habe. Das neue System soll bereits erprobt und in anderen Kantonen im Betrieb sein. Die Arbeitsvergabe wurde zu sehr günstigen Konditionen ausgehandelt. Die Anträge der FIKO sowie dem Stadtrat werden unterstützt und man ist natürlich gespannt, ob Liestal nach der Digitalisierung zur modernsten Gemeinde des Kantons wird, wie dies in der stadträtlichen Vorlage erwähnt wird.

Michael Durrer (GL) meint als Sprecher der Grünen Fraktion, dass der Handlungsbedarf unbestritten ist. Allerdings zweifelt er daran, ob die Gemeinde gleichzeitig zur digitalsten Gemeinde unseres Kantons werden kann. Das vorgestellte Projekt wurde so präsentiert, dass es auch von Nicht-Fachleuten verstanden werden kann. Die beantragten Ausgaben werden unterstützt.

Markus Rudin (SVP) weist als SVP-Fraktionssprecher darauf hin, dass Software-Ablösung unvermeidlich ist. Durch die Gever-Lösung sollen interne Arbeitsprozesse vereinfacht und weitgehend papierlos gestaltet werden. Gleichzeitig sollen mehr Dienstleistungen für die Bevölkerung online verfügbar gemacht werden. Es wird betont, dass trotz der Digitalisierung weiterhin auch ein analoger Zugang für bestimmte Personen möglich sein soll. Seine Fraktion stimmt einstimmig den Anträgen der FIKO zu.

Sonja Niederhauser (GLP/EVP/Die Mitte) möchte als Sprecherin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion positiv hervorheben, dass es sich nicht nur um ein Digitalisierungsprojekt handelt, sondern auch um ein Organisationsentwicklungsprojekt geht. Das Projekt scheint gut aufgegleist zu sein. Die Anträge werden unterstützt.

Roger Ballmer (FDP) ist als FDP-Fraktionssprecher erfreut darüber, dass das Projekt trotz der Sistierung im Jahr 2021 nun anläuft. Er betont, dass das beantragte Projekt realistische Zielsetzungen hat. Durch das schrittweise geplante Vorgehen wurden auch die Risiken der Umsetzung berücksichtigt und minimiert. Obwohl die Umsetzung Kosten verursacht, hofft er darauf, dass ab 2026 auch Einsparungen durch das Projekt möglich sein werden. Die Fraktion stimmt den Anträgen einstimmig zu.

Stadtpräsident Daniel Spinnler bedankt sich für die gute Aufnahme des Projekts. Er betont, dass es sich dabei um ein Organisationsprojekt handelt und nicht nur um ein reines Digitalisierungsprojekt. Ein Ziel des Projekts ist es, die Kundenfreundlichkeit zu erhöhen. Um Risiken zu minimieren, werden keine eigenen Entwicklungen durchgeführt.

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Sie lässt nun über die von der FIKO formulierten Anträge abstimmen, welche die stadträtlichen Anträge unterstützen, jedoch leicht modifiziert formuliert wurden.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig für die Einführung der ersten Projekt-Etappe «GEVER» eine neue einmalige Ausgabe von brutto CHF 183'000.- inkl. MwSt. (Konto 2.0220.5200.0323).

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig für «GEVER» neue jährlich wiederkehrende Ausgaben von CHF 86'000.- inkl. MwSt.

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig für die Einführung der zweiten Projekt-Etappe «EWK» und «ERP» eine neue einmalige Ausgabe von brutto CHF 225'000.- inkl. MwSt. (Konto 2.0220.5200.0323).

://: Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig für «EWK» und «ERP» neue jährlich wiederkehrende Ausgaben von CHF 200'000. - inkl. MwSt.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Ratspräsidentin Anja Weyeneth (SP) lädt zum Apéro im Rathaus ein.

Schluss der Sitzung: 20.20 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Anja Weyeneth

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann